

Aktuelle Debatte:

Perspektiven und Grenzen Pluraler Ökonomie

Editorial

Seit Bestehen der Zeitschrift *Kurswechsel* wurde der Frage nach Alternativen zum Mainstream der ökonomischen Wissenschaft immer wieder nachgegangen und in regelmäßigen Abständen ausgelotet, welche Chancen kritische Wirtschaftswissenschaften und WirtschaftswissenschaftlerInnen in Österreich und Europa haben. *Kurswechsel*-Schwerpunkte widmeten sich – den entsprechenden akademischen und politischen Konjunkturen folgend – Themen wie „Alternative Ökonomie“, „Feministische Ökonomie“, „Produktionsbedingungen ökonomischen Wissens“, „Gesellschaftskritische Ökonomie“, „Die andere österreichische Schule – kritische Ökonomietradition in Österreich“, „Aktivismus und Wissenschaft“, um nur die entsprechenden Ausgaben der letzten 15 Jahre wiederzugeben. Wie diese Titel zeigen, ging es sowohl darum, blinde Flecken der ökonomischen Wissenschaft aufzuarbeiten wie auch darum, normative Kriterien für eine kritische Ökonomie zu entwickeln (siehe insb. das Heft zur gesellschaftskritischen Ökonomie 2006) sowie die Durchsetzbarkeit dieser Ansprüche in spezifischen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zu analysieren. Zu den Ansprüchen alternativer Wirtschaftswissenschaft an sich selbst zählen insb. eine parteiische Haltung zugunsten gesellschaftlich benachteiligter Gruppen, ein Verständnis von Gesellschaft als vielfältig hierarchisch strukturiertes Kräfteverhältnis, eine Koppelung von wissenschaftlicher Produktion an emanzipatorische Ziele sowie die Etablierung von nicht-elitären und damit demokratischen Wissenspraktiken.

Die Finanzmarktkrise von 2008 und die folgende Fiskal- und Wirtschaftskrise in der EU sowie in anderen Regionen der Welt hat die Bedeutung alternativer ökonomischer Ansätze erhöht, da offenkundig traditionelle Mainstreamtheorien weder in Lage waren, die sich aufbauenden Krisenpotenziale zu erkennen geschweige denn geeignete Maßnahmen zu definieren, um sich den Herausforderungen der aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklung zu stellen. Vergleichsweise medien- und öffentlichkeitswirksam konnten sich vor diesem Hintergrund in den letzten Jahren insb. Initiativen zur Förderung und Forderung nach einer „pluralen Ökonomie“ Gehör verschaffen. Beim Begriff der Pluralen Ökonomie fällt auf, dass er per se nicht alternativ, kritisch oder links besetzt ist, obwohl hinter den entsprechenden Initiativen vorwiegend linksgerichtete StudentInnengruppen agieren. Warum wird also ein Begriff für einen Reformversuch ökonomischer Wissenschaft gewählt, der rein semantisch auch rechte und konservative wirtschaftswissenschaftliche Strömungen beinhalten könnte? Ist dies vor allem polit-strategischen Überlegungen geschuldet, sind damit fortschrittliche Forderungen nach Interdisziplinarität – wie in anderen gesellschaftskritischen Forschungsbereichen – gemeint oder gibt es tatsächlich sinnvolle Ansätze in der Mainstream-Ökonomie, die nicht sofort ad acta gelegt werden sollten?

Mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigt sich der vorliegende Debattenteil, der eine kritische (Selbst-)Reflexion pluraler Ökonomie-Ansätze darstellen soll. Auf die zentrale Frage nach den Perspektiven und Grenzen Pluraler Ökonomie gehen Franziska Disslbacher und Florian Bohinc ein, wenn sie sich fragen, was der ökonomische Pluralismus kann und was wer gar nicht will. Kritisch kommen sie zum Schluss, dass die Forderung nach Pluralismus kein Ersatz für gesellschaftskritische Forschung und progressive Positionen sein kann. Doch die Debatte um Plurale Ökonomie eröffnet Räume für kritische ÖkonomInnen, die es zu besetzen gilt. Wie dies strategisch erfolgen könnte und welche Möglichkeiten hier bestehen, erörtert Philip Poyntner, der auch insbesondere auf das Verhältnis universitärer und außeruniversitärer Forschung eingeht.

Im Zuge der Krise von 2008ff. lassen sich auch einige selbstkritische Tendenzen in internationalen Institutionen feststellen. So hat neben dem IMF, der mit der Einrichtung des sog. Independent Evaluation Office (<http://www.ieo-imf.org>) potenziell in die Irre führendes „Silo and group thinking“ verhindern und damit seine Analysefähigkeit verbessern möchte, die OECD in den letzten Jahren ein Projekt verfolgt, das durch die Integration neuer und vielfältiger wissenschaftlicher Ansätze bessere Politikempfehlungen der OECD ermöglichen soll. „New Approaches to Economic Challenges“ (kurz: NAEC) heißt dieses Projekt, das von Michael Kraft hinsichtlich seiner emanzipatorischen Potenziale kritisch hinterfragt wird.

Der vorliegende Debattenteil versteht sich als Teil einer längerfristigen Beschäftigung von Beigewum und Kurswechsel mit dem Thema Plurale Ökonomie. Entsprechende Veranstaltungen sowie weitere Publikationen im Umkreis des Beigewum und des Kurswechsels sollen schwerpunktartig in den nächsten Monaten stattfinden und dazu beitragen, dass die Entwicklung der Pluralen Ökonomie den Ansprüchen gesellschaftskritischer (Wirtschafts-)Wissenschaft, wie sie anfänglich skizziert wurden, gerecht wird.

Maria Kader

Was Ökonomischer Pluralismus kann und was er gar nicht will

Franziska Disslbacher, Florian Bohinc

Die Forderung nach einer Pluralen Ökonomik stand in den letzten Jahren vorangetrieben von Studierendenbewegungen und heterodoxen ÖkonomInnen wieder zur Diskussion. Debattiert werden die Fragen, ob die Ökonomie als Wissenschaft bereits plural sei, der Mainstream – auch angesichts der Erfahrungen der Krise – zunehmend plural werde, und schließlich, welche Implikationen die Deutungshoheit des ökonomischen Mainstreams für die Forderung einer Pluralen Ökonomik hat (Dutt: 2014). Innerhalb der nicht dem Mainstream zuzurechnenden Strömungen hat sich weitgehend der Konsens durchgesetzt, dass eine plurale Ausrichtung der Ökonomie ein erstrebenswertes Ziel und der derzeitige Zustand der Ökonomie aufgrund der unangetasteten Dominanz des Mainstreams als nicht plural zu klassifizieren ist. Doch die Bewegung für Pluralismus ist nicht als homogen zu verstehen, es bestehen verschiedene Zugänge. Meist unterscheidet Konzeptionen von Pluralismus die Auffassung des Verhältnisses zwischen Heterodoxie und Mainstream.

Wir sehen die Aufgabe der Forderung nach Pluralismus vor allem in der Bearbeitung institutioneller Strukturen mit dem Ziel, die unangefochtene Dominanz der Mainstream-Ökonomie zu brechen. Pluralismus kann jedoch nicht selbst inhaltliche Diskussionen und Konfrontationen mit kapitaltreuen ÖkonomInnen führen, sondern lediglich das Stattfinden und die Resonanz solcher Auseinandersetzungen fördern. Der Pluralismus als solcher kann also nur eingeschränkt über den Umweg der Ausbildung und einer Öffnung des Diskurses auf die Gesellschaft wirken. Pluralismus ist weder Ersatz für explizit kritisches Forschen und Hinterfragen, noch für politischen Aktivismus und Positionierung. Es kann dafür jedoch die Voraussetzungen verbessern. Würden gesellschaftskritische ökonomische Konzepte an den Universitäten verfolgt werden, könnte die Wirtschaftspolitik auch auf sie zurückgreifen.

Is this time different?

Die Forderung nach mehr Vielfalt in der allzu verengten wissenschaftlichen Disziplin Ökonomie ist nicht neu. In den vergangenen Jahrzehnten gab es immer wieder Initiativen mit dem Ziel darauf hinzuweisen, dass ganze Paradigmen innerhalb der akademischen Welt marginalisiert werden, obwohl diese entscheidende und wertvolle Beiträge liefern können. Garnett u. a. (2010) unterscheiden zwei wesentliche Wellen der Forderung nach mehr Pluralismus. Die erste Welle der 1970er und 1980er basierte auf einer Vielfalt an heterodoxen Schulen, die sich jedoch wenig füreinander interessierten. Der Beginn der zweiten Welle wird häufig mit dem Erscheinen des von Hodgson u. a. (1992) verfassten Aufsatzes „A plea for rigorous and pluralist economics“ in der *American Economic Review* datiert. In diesem wird „a new spirit of pluralism in economics, involving critical conversation and tolerant communication between different approaches“ gefordert. Ungefähr seit der Jahrtausendwende wird jedoch überwiegend die Strategie verfolgt, mehrere ökonomische Strömungen, die gegen den Mainstream wie gegen einen Wall anlaufen, zusammenzufassen und unter dem Banner der Heterodoxie gemeinsam auftreten zu lassen.

Während sich die Gruppe heterodoxer Strömungen vorwiegend auf gesellschaftskritische, linke Ansätze konzentriert (beispielsweise die Feministische, Marxistische oder Institutionelle Ökonomie), andere Paradigmen wie die Österreichische Schule aber nicht unter ihre Fittiche nimmt, tritt die Pluralismus-Initiative für das Vorkommen aller Strömungen ein und schafft so eine breitere Mobilisierung, verliert andererseits aber an Schärfe. Pluralismus greift nicht die Unzulänglichkeit des Mainstreams selbst, sondern seine Unzulänglichkeit als dominierendes Paradigma, an. Das ist zwar einerseits feig, aber andererseits taktisch nicht so unklug. Da der Pluralismus selbst kein Paradigma ist, keine eigenen theoretischen Konzepte vertritt, kann seine Glaubwürdigkeit auf diesem Weg nicht bedroht werden. Die Entschärfung der Nebelgranaten des Mainstreams gibt den Blick frei auf die Selbstverständlichkeit dessen, was gefordert wird – nämlich wissenschaftlichen Diskurs statt Einheitsbrei.

Warum Imperialismus, Mainstreamökonomie?

Die dichotome Konfrontation zwischen einem dominierenden Mainstream und einer marginalisierten Heterodoxie, die in „ihrer gemeinsamen Kritik des Wahrheitsanspruches der Orthodoxie einen gemeinsamen Block“ bildet (Rothschild 2007: 581), ist eine Spezialität der Wirtschaftswissenschaften. Die Frage, warum sich ausgerechnet hier ein neoklassisch-neoliberaler Mainstream durchsetzen konnte, sieht Rothschild (ebd.) durch zwei Argumente begründet. Einerseits durch ein formal-methodologisches und andererseits durch ein gesellschaftspolitisch-ideologisches Argument. Aufgrund der radikalen Annahmen (die häufig zu verheerenden wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen führen) besitzt die neoklassische Theorie und ihre traditionelle Methodologie ein in sich geschlossenes Gebäude, das auf sämtliche Problemstellungen angewandt wird. Besonders dadurch wird ein Graben zur Heterodoxie geschaffen. Diese verzichtet häufig bewusst auf vereinfachende Annahmen und nimmt Problemstellungen – im Gegensatz zum gegebenen methodologischen Gebäude – zum Ausgangspunkt der Analyse. Es wäre ein Trugschluss, zu erwarten, dass eine plurale Ökonomie zu unstrittigen Ergebnissen führen sollte oder könnte, denn „ökonomische Urteile stehen in einem historischen und sozialen Kontext und reflektieren immer gesellschaftliche Macht- und Interessenaueinandersetzungen“ (Becker, Schürz 2006: 16). Andererseits kommt der neoklassische Ansatz Kapitalinteressen entgegen, da dieser beispielsweise eine stärkere Betonung von Machtpositionen bereits im Rahmen der Theoriebildung unterbindet. Nicht erst das Forschungsergebnis wird manipuliert, sondern bereits dessen Grundlage: denn Annahmen, die dazu führen, dass soziale Interaktion und Gesellschaft keinen Platz finden, werden im Mainstream sogar als Zeichen von Wissenschaftlichkeit gehandelt.

Edward Lazear veröffentlichte im Jahr 2000 einen Artikel im *Quarterly Journal of Economics*, in dem er attestiert, was der Pluralismus unterbinden möchte: ökonomischen Imperialismus. Damit ist ein ganz bestimmter methodischer Zugang zur Ökonomie gemeint: jener, der auf der Triade Optimierung/Gleichgewicht/Effizienz beruht. Lazear argumentiert, dass Erkenntnisse, die auf Basis dieser Prinzipien gewonnen werden, jenen Ansätzen, die abweichende Konzeptionen zur Grundlage haben, vollständig überlegen seien. Ökonomische Forschung basierend auf der „magischen Triade“ sei nicht nur die einzig wahre, sondern auch die einzig wissenschaftliche. Er fordert also, sich auf das seiner Ansicht nach einzig exakte, generalistische Modell zu verlassen.

Lehnt euch aus dem Fenster!

Der Pluralismus vertritt die diametral entgegengesetzte Sichtweise, dass eine Vielzahl koexistierender Theorien ein unerlässliches, grundsätzliches Element von Wissenschaftlichkeit ist. Die Forderung ist aufgrund des Analysegegenstands besonders in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften von Relevanz. Erstens ist das Testen von Hypothesen und Isolieren von Effekten schwierig bis unmöglich, und zweitens sind Annahmen, aber auch Schlussfolgerungen, explizit normativen Gehalts. Von einer Diskussion, zu der generell nur zugelassen wird, wer sich im anerkannten methodischen Rahmen befindet (der praktischerweise außerordentlich eng gesteckt ist und lieber auf Formalitäten als auf Konzeptionen abstellt), ist keine unvoreingenommene wissenschaftliche Erkenntnis zu erwarten. Diskussionen, die auch zulassen, dass TeilnehmerInnen sich argumentativ bzw. konzeptionell „aus dem Fenster lehnen“, verlaufen zwar mitunter mühseliger, bieten hingegen eher die Chance, aus einer Modellwelt auszubrechen, wenn sie zu starr wird. Dazu ist es jedoch notwendig, die normativen und auch präskriptiven Ansprüche offen auf den Tisch zu legen.

Der Weg des Pluralismus

Pluralismus wird manchmal missverstanden als Forderung an ÖkonomInnen, jedes Paradigma gleichberechtigt zu verfolgen. Pluralismus fordert aber nicht Pluralität in der Forschung einzelner ÖkonomInnen. Die Adressatin ist nicht die forschende Person, sondern die Wissenschaft als ganze – sie ist es, die mehrere Paradigmen verfolgen muss. Ziel ist daher vielmehr, dass sich die einzelne Forscherin oder der einzelne Forscher, die sich einer Schule zugehörig fühlt, bewusst ist, dass sie oder er nur VertreterIn einer von vielen Schulen ist, und nicht VertreterIn der einzig richtigen, „imperialen“ Schule. Joan Robinson bringt diese Problematik auf den Punkt:

„It is natural that a student of the social sciences should choose the school to which he attaches himself according to his ideological sympathies. But when he judges all points of logical and actual analysis by ideological standards and refuses to learn anything from the work of any school whose ideology he does not accept, he cuts himself off from making any useful contribution to the development of this subject“ (Robinson 1973: 53).

Es geht folglich nicht darum, die Differenzen zwischen einzelnen Schulen aufzulösen oder alle Schulen in einem gemeinsamen, übergeordneten Paradigma aufgehen zu lassen. Das wäre die wissenschaftstheoretische Herangehensweise der Mainstream-Ökonomie selbst: das Highlander-Prinzip „Es kann nur einen geben“. Gefordert wird schlichtweg ein wissenschaftlicher Grundsatz, den die Mainstreamökonomie derzeit verneint.

Was Pluralismus nicht kann

Da Pluralismus selbst keine theoretischen Ansätze hat, keine wissenschaftlichen Ergebnisse liefern kann, reicht es jedoch nicht, sich für Pluralismus einzusetzen. Pluralismus kann keine wirtschaftspolitischen Positionen entwickeln oder sie vertreten. Er kann aber eine differenziertere und unvoreingenommene Betrachtung fördern. Wirtschaftspolitik braucht jedoch Standpunkte, die als solche nicht plural sein können, sondern zu Recht normativ sind. Für gesellschaftskritische ÖkonomInnen lautet der Auftrag daher weiterhin, selbst Ansätze weiterzuverfolgen, die zum Ziel haben, die gegebenen Machtasym-

metrien und Herrschaftsverhältnisse zu beeinflussen, die unterdrückte Mehrheit bei der Emanzipation zu unterstützen und das Denken von Veränderungen möglich zu machen. Denn die Position, die sich lediglich auf die Unzulänglichkeiten des ökonomischen Mainstreams beschränkt, bleibt grundsätzlich „dem Betrieb verpflichtet und ist oft nur ein Versuch, sich herausgehobene Diskurspositionen in akademischen Debatten zu sichern“ (Becker, Schürz 2006: 11). Und während Pluralismus nicht auf das Zurechtrücken der Trugschlüsse der neoklassischen Ökonomie fokussiert, sind wir überzeugt, dass erst aus der „Gesellschaftskritik [...] die Erkenntniskritik am Mainstream ableitbar“ (ebd.: 12) ist.

Die Forderung nach Pluralismus ist für uns also weder ein Ersatz dafür, gesellschaftskritische und progressive Positionen und Forschung zu stärken, noch für die Weiterentwicklung der Heterodoxie. Vielmehr ist Pluralismus ein „Vehikel“, um die Räume zu schaffen, die es dann von kritischer Ökonomie auszufüllen gilt. Die Eröffnung dieser Chance ruft auch Ansätze auf den Plan, die wir unter Umständen ebenso ablehnen, wie den momentan hegemonialen Mainstream. Die Antwort muss daher sein, sich diesen ebenso wie dem Mainstream mit starken Argumenten bzw. Konzepten entgegenzustellen und inhaltliche Debatten voranzutreiben.

Literatur

- Becker, Joachim; Schürz, Martin (2006): „Konturen einer gesellschaftskritischen Ökonomie.“ *Kurswechsel*, 4 (2006), 7–17.
- Dutt, Amitava Krishna (2014): „Dimensions of Pluralism in Economics.“ *Review of Political Economy*, 26 (4), 479–494.
- Garnett, Robert; Olsen, Erik K.; Starr, Martha (2010): „Economic Pluralism.“ London, Routledge.
- Hodgson, Geoffrey; Mäki, Uskali; McCloskey, Donald (1992): „A plea for a rigorous and pluralist economics.“ *American Economic Review*, 82 (1992).
- Lazear, Edward P. (2000): „Economic Imperialism.“ *Quarterly Journal of Economics*, 115 (1), 99–146.
- Robinson, Joan (1973): „Ideology and Analysis.“ In: *Sozialismus, Geschichte und Wirtschaft*. Festschrift für Eduard März. Wien, Europaverlag.
- Rothschild, Kurt W. (2007): „Einige Bemerkungen zum Thema Mainstream und Heterodoxie.“ *Wirtschaft und Gesellschaft*, 33 (2007), 581–590.

Das New Approaches to Economic Challenges (NAEC)-Projekt

Option für eine pluralistische Wende?

Michael G. Kraft

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) steht mit ihren Arbeiten und Analysen zu Wirtschaftswachstum, Strukturreformen, freien Märkten, Handelsliberalisierungen etc. seit langem an der Spitze der Mainstream-Ökonomie. Nach ihrem anfänglichen, keynesianistisch geprägten Wohlfahrtsstaatsansatz wurde sie ab den 1970er Jahren zur Schnittstelle und Plattform zur Verbreitung neoliberalen Gedankenguts (vgl. Gayon 2012). Mit ihren Analysen und Politikempfehlungen lieferte sie entscheidende Grundlagen für eine neoliberale Globalisierung („Washingtoner Konsens“) und nahm damit Einfluss auf das Verhältnis von Arbeit und Kapital. Eine Vielzahl der Politikempfehlungen der OECD der 1980er und 90er Jahre zielte auf Strukturreformen, wie die Privatisierung von Staatsbetrieben, die Deregulierung von Märkten und Preisen, die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und des Arbeitsmarktes, den Abbau öffentlicher Subventionen, etc. ab. Ideologisch gründeten diese Empfehlungen in der tiefgehenden Überzeugung, dass „der Markt“ anstatt des Staates für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sorgen solle (vgl. Jessop 1993). Dazu kommt, dass die OECD seither einen quantifizierten „fact-based-approach“ verfolgt, der wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen auf messbare und scheinbar vergleichbare Daten reduziert (Godin 2005). Ich möchte in diesem Beitrag den Blick jedoch darauf richten, ob sich über die letzten Jahre Brüche im neoliberalen Konsens der OECD ergeben haben. Finden mit der Weltwirtschaftskrise, dem neuen globalen Protestzyklus (vgl. Azzellini 2013 sowie Sitrin/Azzellini 2014) und der erstarkenden öffentlichen Diskussion zu Ungleichheit und Verteilung nun auch plurale ökonomische Ansätze Eingang in die Arbeiten dieser Institution? Ich diskutiere eine solche epistemologische Öffnung anhand des OECD-Projekts *New Approaches to Economic Challenges* (NAEC).

Von Marktblindheit zur pluralistischen Betrachtungsweise? Das NAEC-Projekt

Mit der Weltwirtschaftskrise 2008 und der anhaltenden Rezession in den westlichen Industrienationen begann auch die OECD ihre methodischen Ansätze und Eckpfeiler zu überdenken. Die traditionellen Modelle und theoretischen Konzepte, so ausgefeilt sie auch in ihrer abgeschlossenen theoretischen Eleganz sein mochten, waren nicht in der Lage, die Krise vorherzusehen. Hatte man etwa den Blick zu sehr auf die Angebotsseite und das Funktionieren freier Märkte fokussiert und zu wenig auf die ansteigenden Ungleichheiten und Ungleichgewichte innerhalb und zwischen den Nationalstaaten gerichtet? War man mehr damit beschäftigt gewesen, in sich geschlossene Modelle immer weiter zu verfeinern und dabei den Bezug zur Realität zu verlieren? Dazu kommt, dass die OECD als internationaler Think-Tank im letzten Jahrzehnt an politischer Bedeutung verloren hat – angebotsseitige Strukturpolitiken waren mit der Krise in die Kritik geraten – und aufgrund sich verändernder Gesellschaftsdiskurse entsprechend neu positionieren musste.

Diese Neuvermarktung ist einerseits anhand der Arbeiten an neuen Formen der Wohlfahrtsmessung im Rahmen der *Better-Life-Initiative* ab 2011 ersichtlich. Im Lichte der Kritik am Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Wohlstandsindikator wurden elf Aspekte identifiziert (u. a. Gesundheit und Bildung, Umweltfaktoren, persönliche Sicherheit und die allgemeine Lebenszufriedenheit), die für das Wohl der Menschen zentral sind und die in der OECD-Publikation *How's Life* genauer beleuchtet werden. Andererseits wollte man angesichts der erstarkenden Diskussion zu Ungleichheit und Verteilung in Konkurrenz zum Internationalen Währungsfonds nicht weiter an Boden verlieren und man kam ein Jahr später zur Auffassung, dass die traditionellen Wirtschafts- und Wachstumsmodelle oftmals keine befriedigenden Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen geben konnten und es folglich neuer Wege und Grundlagen zur Erarbeitung wirtschaftspolitischer Entscheidungen und Empfehlungen bedarf. Deshalb wurde vom Generalsekretariat ein grundlegender Reflexionsprozess unter dem Titel *New Approaches to Economic Challenges* (NAEC) angestoßen.

Als horizontales Projekt angelegt, sollten Grundlagen für neue Denkansätze und Politikanalysen zu wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Themen und Fragestellungen geschaffen werden. Da sich die gesellschaftlichen Problemstellungen nicht nur auf ökonomische Fragen im engeren Sinne, sondern auch auf damit zusammenhängende soziale und ökologische Themen beziehen, wurden alle relevanten OECD-Direktorate in das NAEC-Projekt miteinbezogen. Die drei Säulen von NAEC umfassen (vgl. OECD 2014):

- Reflexionen (Lehren aus der Krise, neue Werkzeuge und Ansätze),
- Analyse von trade-offs und Komplementaritäten unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Ziele und Maßnahmen (z.B. Verknüpfung zwischen Wachstum, Ungleichheit, Stabilität, Umwelt) sowie
- Betrachtung der institutionellen Ebene und Governance.

Die Projektergebnisse sollen zu einer stärkeren multidimensionalen Zusammenarbeit der einzelnen Direktorate führen. Man will vom klassischen „Silodenken“ Abschied nehmen und gesellschaftliche Probleme stärker transdisziplinär bearbeiten. Auch dem Aspekt der Lebensqualität soll im Gegensatz zur rein quantitativen Wachstumsorientierung verstärkt Rechnung getragen werden. Im Juni 2015 wurde der Endbericht vorgelegt und darauf aufbauend soll – so der selbstgestellte Anspruch – mit dem *Mainstreaming* der zentralen Erkenntnisse begonnen werden.

Wertfreiheit, institutionalisierte Ideologie und Machtverhältnisse

Aber wie steht es mit dem *Mainstreaming* dieses Ansatzes und wird es der OECD damit gelingen, eine „less mechanistic view of the world“ (OECD 2015c: 18) zu entwickeln? Spiegeln sich diese neuen Ansätze schon in den Flagship-Publikationen der OECD wie *Going for Growth* oder den Wirtschaftsprüfberichten wider und ist hier ein neues wirtschaftspolitisches Narrativ basierend auf Lebensqualität, Umwelt und Verteilung im Entstehen? Ich möchte diese Fragen anhand untenstehender institutioneller, soziologischer als auch epistemologischer Reflexionen zu beantworten suchen.

1.) Ein Top-down Ansatz

NAEC wurde als Top-down-Projekt beim OECD-Ministerrat beschlossen und ist im Büro des Generalsekretärs angesiedelt. Dadurch wollte man die horizontale Zusammenarbeit der

Direktorate forcieren und die institutionalisierte Silostruktur und das damit einhergehende fragmentierte Denken der Organisation überwinden. Die systematische Integration der Arbeiten des Statistikdirektorats zu Lebensqualität sowie die damit einhergehende Infra-gestellung des Wachstumsnarrativs hätten dazu beitragen können, den traditionellen Main-stream der „wirtschaftslastigen“ Directorate (ECO, Trade, Industry, etc.) aufzubrechen. Die Arbeiten der letzten drei Jahre haben jedoch gezeigt, dass trotz zahlreicher NAEC-Sub-projekte ein harter Kern ökonomischen Denkens relativ unbeeinflusst von diesen neuen Erkenntnissen bleibt. Insofern ist zu befürchten, dass NAEC seinem selbstgestellten An-spruch nicht Rechnung wird tragen können und aufgrund des geringen Ownerships von Seiten der Directorate selbst zu einem zusätzlichen Silo wird, in dem zwar wichtige Fragen (relativ isoliert) diskutiert, jedoch nicht in der Organisation umgesetzt werden.

2.) NAEC ist vage und inhaltlich offen

Der mit NAEC angedachte pluralistische Zugang ist zwar in einigen Aspekten deutlich ausformuliert, bleibt aber im Hinblick auf die Operationalisierung heterodoxer Theorie-ansätze für die konkrete Arbeit der OECD weitgehend offen. Wenngleich der NAEC-Ab-schlussbericht die Notwendigkeit eines multidimensionalen und um andere Sozialwissen-schaften ergänzten Analysezugangs fordert, findet sich als einzig konkreter Vorschlag die Einbeziehung behavioristischer Theorien sowie die Implementierung von Foresight-Mo-dellen. Dabei zeigt sich auch, dass jene, die das Projekt mit Inhalten befüllen sollen, also die einzelnen Directorate, gerade nicht über die dazu notwendige Expertise verfügen und aufgrund der jahrzehntelangen Hegemonie des ökonomischen Mainstreams auch wenig Anreize bestehen, einen solchen Wandel zu vollziehen.

Eine Ausnahme stellen die Arbeiten des Direktorats für Beschäftigung, Arbeit und Sozi-ales dar, die zum Thema Ungleichheit und inklusives Wachstum sehr umfassende Analy-sen vorlegen. So wurde beispielsweise vor kurzem die *Inclusive Growth Initiative* gestartet.

3.) Institutionen und Machtverhältnisse

Da NAEC einige Grundannahmen des neoliberalen Mainstreams in Frage stellt (effiziente Märkte, BIP-Wachstum als Ziel an sich, etc.), darf nicht außer Acht gelassen werden, dass ein derartiger intellektueller Wandel in einer Organisation wie der OECD nicht ohne Wi-derstände von statten gehen wird. Wie Foucault (1977) gezeigt hat, durchdringen Macht-verhältnisse solche Organisationen und daher wird jegliche progressive Veränderung in Richtung mehr Pluralismus auch umkämpft bleiben. Es sieht folglich derzeit auch besten-falls danach aus, dass sich die OECD im Zuge der erstarkenden öffentlichen Diskussion zu Verteilung und Ungleichheit in einer Phase eines „inclusive liberalism“ (vgl. Mahon/Mc Bride 2009) befindet. Es wird zwar Fragen wie Einkommens- und Vermögensver-teilung, Geschlechtergerechtigkeit und Lebensqualität mehr Aufmerksamkeit geschenkt, doch werden auf ontologischer Ebene der harte Kern des Neoliberalismus und ein gewis-er ökonomischer Imperialismus nicht in Frage gestellt. Obgleich aktuelle OECD-Pub-likationen darauf hinweisen, dass inklusivere und gerechtere Gesellschaften auch besser für Wachstum, Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt sind (vgl. OECD 2015a und 2015b), lässt ein neues, umfassendes Narrativ noch auf sich warten.

4.) Wertfreie oder engagierte Wissenschaft?

Dies bringt mich zu meinem letzten und abschließenden Punkt, der Frage nach einer wert-freien und objektiven Sozialwissenschaft. Gerade in der ökonomischen Wissenschaft, deren

Ergebnisse unmittelbar auf gesellschaftliche Anwendung abzielen und damit bedeutenden Einfluss auf Macht- und Ressourcenverteilung haben, kann keineswegs von einer desinteressierten Wissenschaft oder einer wertneutralen Methodologie gesprochen werden (vgl. Kraft 2004; Myrdal 1976). Werden diese Werturteile verschleiert und pseudoobjektiviert, so verkommt das selbstgesetzte Motto „Better policies for better lives“ zur leeren Phrase. Denn es dient dann nur noch dazu, die bestehenden Machtverhältnisse zu bestätigen und jene, die sich Gehör auf der politischen Bühne verschaffen können, mit „wissenschaftlichen“ Erkenntnissen zu bedienen. Angesichts der herrschenden Machtverhältnisse bleiben somit zwei Handlungsoptionen: 1.) die gesellschaftliche Anordnung und Zuteilung anzuerkennen und zu kapitulieren oder 2.) jene Kräfte und Ansätze zu stärken, die für eine progressivere und gerechtere Wirtschaftspolitik stehen und dem alten Mainstream ein neues Narrativ des Gemeinsamen, Verantwortungsvollen und der Gestaltungsmacht der Mehrheit der Menschen gegenüberstellen. Dies ist zweifelsohne ein mühsamer und langwieriger Weg, dessen Ergebnis offen bleibt, doch es lohnt sich, ihn zu beschreiten. Denn jedwede Konzeption von Wirtschaft bedarf zunächst einmal einer normativen Vorstellung einer Gemeinschaft, wie wir zusammenleben wollen und wie ein „gutes“ Leben aussehen sollte.

Literatur

- Azzellini, Dario (2013): „Der globale Aufstand“. In: Michael G. Kraft (Hg.) *Soziale Kämpfe in Ex-Jugoslawien*, Mandelbaum: Wien, S. 30–46.
- Foucault, Michel (1977): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Gayon, Vincent (2012): „The OECD and the crisis of Keynesianism: the McCracken Report, 1975–1980“, http://basepub.dauphine.fr/bitstream/handle/123456789/10894/Gayon_2012_ES-SHCslides.pdf?sequence=1.
- Godin, Benoît (2005): *Measurement and statistics on science and technology: 1920 to the present*, London: Routledge.
- Jessop, Bob (1993): „Towards a Schumpeterian workfare state? Preliminary remarks on post-Fordist political economy“. In: *Studies in Political Economy*, 40, S. 7–39.
- Kraft, Michael (2004): *Ökonomie zwischen Wissenschaft und Ethik: Eine dogmen-historische Untersuchung von Léon Walras bis Milton Friedman*, Peter Lang: Frankfurt/Main.
- Mahon, Rianne/McBride, Stephen (2009): „Standardizing and Disseminating Knowledge: The Role of the OECD in Global Governance“. In: *Political Science Faculty Publications*, Paper 12.
- Myrdal, Gunnar (1976): *Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung*, Verlag Neue Gesellschaft: Bonn.
- OECD (2014): *New Approaches to Economic Challenges (NAEC): Synthesis*, [http://www.oecd.org/mcm/C-MIN\(2014\)2-ENG.pdf](http://www.oecd.org/mcm/C-MIN(2014)2-ENG.pdf).
- OECD (2015a): „Do Policies that Boost Aggregate Growth Generate Economic Instability for Individual Households?“. In: *OECD Economics Department Policy Notes*, No. 25, April 2015.
- OECD (2015b): „Growth and income inequality: trends and policy implications“. In: *OECD Economics Department Policy Notes*, No. 26, April 2015.
- OECD (2015c): *NAEC Synthesis Report: New Approaches to Economic Challenges*, SG/NAEC(2015)1/REV1, 17. März 2015.
- Sitrin, Marina/Azzellini, Dario (2014): *They can't represent us! Reinventing democracy from Greece to Occupy*, Verso: London.

Nicht Krise genug

Strategien für heterodoxe ÖkonomInnen

Philipp Poyntner

Die an Universitäten vorherrschende ökonomische Lehre, die sich nahe dem neoklassischen Paradigma bewegt („Mainstream-Ökonomie“), hat seit der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise harte Kritik von Seiten der Öffentlichkeit einstecken müssen. Selbst Königin Elisabeth stellte an der London School of Economics die Frage, warum fast kein ÖkonomIn die Krise vorausgesehen hatte¹. Die Bestandsaufnahme, dass der ökonomische Mainstream nicht oder nur unzureichend geeignet ist, um wichtige Fragen zu beantworten oder unerwartete Ereignisse wie die letzte Finanzkrise vorherzusehen, kommt nicht nur von heterodoxer Seite, sondern auch von ÖkonomInnen, die dem Mainstream nicht fernstehen. So konstatieren Colander u. a. (2009) ein „systematisches Scheitern der ökonomischen Lehre“². Während die Mainstream-Ökonomie jedoch auf pragmatische Maßnahmen wie etwa eine stärkere Fokussierung auf Finanzmärkte oder Verbesserung der empirischen Methoden abzielt, sehen heterodoxe ÖkonomInnen vor allem in der Vielfalt der Theorien und Methoden Möglichkeiten, bessere Erklärungsansätze und Prognoseinstrumente zu entwickeln.

Trotz dieser Gegenströmungen scheint die Mainstream-Ökonomie die Kritik relativ unbeschadet überstanden zu haben. Obwohl sich viele heterodoxe ÖkonomInnen in ihrer Kritik bestätigt sahen, gab es kaum nennenswerte Veränderungen in der akademischen Landschaft. An Universitäten wurden keine Professuren mit heterodoxen ÖkonomInnen besetzt, geschweige denn Professuren für heterodoxe Ökonomie geschaffen. In der öffentlichen Debatte sieht es etwas anders aus, jedoch wird auch hier beispielsweise seit Jahren kaum am Austeritäts-Dogma gerüttelt. Dieser Artikel stellt die Frage, welche unterschiedlichen Strategien von heterodoxen ÖkonomInnen verfolgt werden können, bevor sich das „window of opportunity“ für Ideen abseits des Mainstreams, das die Krise geöffnet hat, wieder schließt. Die verschiedenen Strategien sind nicht notwendigerweise ausschließend, wie Sheila Dow (2000) betont: „Die Stärke des Pluralismus besteht darin, gleichzeitig verschiedene Wege zu einem gemeinsamen Ziel gehen zu können.“³

Die Stabilität der volkswirtschaftlichen Institute

Institutionell gesehen ist das primäre Feld, auf dem der Diskurs um das herrschende Paradigma der Volkswirtschaftslehre geführt wird, die Universität. Einige Faktoren der Mechaniken innerhalb der volkswirtschaftlichen Institute führen allerdings dazu, dass sich diese in einem „lock-in“-Status befinden und die Mainstream-Ökonomie die Vormachtstellung die nächsten Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte behalten wird.

Seit den 1970ern wird auf Ökonomie-Instituten zur Bewertung von akademischem Erfolg vermehrt auf einheitliche Kennzahlen zurückgegriffen, die von der Häufigkeit der Zitierungen und der Gewichtung der jeweiligen Journals abhängen. Dieses System hat zwei negative Effekte für heterodoxe ÖkonomInnen: Erstens ist das neoklassische Zitieretzwerk eng geschnürt und ignoriert heterodoxe Forschung fast vollständig. Das heißt,

neoklassische ForscherInnen zitieren fast ausschließlich neoklassische ForscherInnen. Zweitens arbeiten sich heterodoxe ÖkonomInnen wiederum häufiger am Mainstream ab und beziehen sich häufig auf diesen, sodass ein Großteil der Zitierungen Artikel aus orthodoxen Journals umfasst. Diese Praxis verbessert die Zitations-Kennzahlen von Mainstream-ÖkonomInnen (Dobusch und Kapeller 2010, Lee 2009).

Ein weiterer Grund dafür, dass es in nächster Zeit wohl keinen Paradigmenwechsel in der akademischen Volkswirtschaftslehre geben wird, ist die mangelnde Kommunikation und Zusammenarbeit der unterschiedlichen heterodoxen Schulen. Während alle Schulen zu einem gewissen Grad darin übereinstimmen, dass mehr theoretischer Pluralismus in der Ökonomie nötig ist, bleibt der Fokus oft auf dem eigenen Gebiet. Versuche, verschiedene theoretische und methodische Zugänge zu vereinen, bleiben die Ausnahme. Diesen Zustand nennen Dobusch und Kapeller (2012) „tolerante Ignoranz“. Ein gemeinsames, pluralistisches Paradigma hätte allerdings mehr Chancen, die Dominanz des neoklassischen Paradigmas herauszufordern. Ob es möglich und wünschenswert ist, ein einzelnes, kohärentes Paradigma herauszuarbeiten, auf das bei der Frage nach Alternativen zum Mainstream verwiesen werden kann, sei dahingestellt (Pahl 2013). Stärkere Interaktion zwischen den einzelnen heterodoxen Schulen, die sich auch auf das Zitierverhalten niederschlägt, würde bessere Kennzahlen und somit mehr Einfluss für heterodoxe ÖkonomInnen bedeuten. Dobusch und Kapeller (2010) schlagen auch einfache Praxisanwendungen vor, beispielsweise Kommentarsektionen in heterodoxen Journals, die explizit Raum für Diskussionen zwischen heterodoxen Schulen eröffnen.

Alternative Strategien

Diese Beobachtungen lassen den Schluss zu, dass ein grundlegender Paradigmenwechsel wahrscheinlich weder aus den Volkswirtschaftslehre-Instituten selbst kommen wird, noch von den existierenden Gruppen heterodoxen ÖkonomInnen durch Forschungsexzellenz alleine forciert werden kann. Allerdings kann Druck für die Schaffung von Professuren, Departments oder anderen institutionellen (und damit auch finanziellen) Verankerungen für heterodoxe Ökonomie auch von Instanzen erfolgen, die finanzielle Verantwortung tragen: Rektorate, Universitätsräte und nicht zuletzt die politische Elite. Hier ist der Spielraum größer als innerhalb der volkswirtschaftlichen Institute: Vor allem in Österreich spielen akademische ÖkonomInnen in der wirtschaftspolitischen Debatte eine eher untergeordnete Rolle. Der mediale Diskurs wird stärker von außeruniversitären Forschungsinstituten (wie IHS und WIFO) oder Interessenvertretungen (wie ArbeiterInnenkammer und Agenda Austria) geprägt. Deshalb kann hier der Einfluss von heterodoxen Strömungen vor allem dann stark sein, wenn Modellierungsarten, Prognosen und Erklärungsansätze besser geeignet sind, um Fragen zu aktuellen Themen wie beispielsweise Finanzkrise und Austerität zu beantworten. Bei verstärkter öffentlicher Wahrnehmung von heterodoxen Ansätzen ist es auch leichter, Druck auf volkswirtschaftliche Institute auszuüben oder die finanzielle Ressourcen für Stiftungslehrstühle oder (inner- wie außeruniversitären) Forschungsinstitute zu erreichen. Eine Fokussierung auf öffentliche Sichtbarmachung heterodoxer Positionen kann auch direkten Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungen haben.

Medial ist dieser Druck in den vergangenen Jahren hauptsächlich von Ökonomie-Studierenden ausgegangen, die mit der ihnen vermittelten Lehre und Forschung unzufrieden waren. International ist hier die International Student Initiative for Pluralism in Economics

(ISIPE)⁴ zu nennen, in Österreich hat die Gesellschaft für Plurale Ökonomie für Aufmerksamkeit gesorgt und zuletzt in Wien die erste Konferenz für Pluralismus in der Ökonomie auf die Beine gestellt⁵. Große Beachtung findet auch das 2009 gegründete und von George Soros finanzierte Institute for New Economic Thinking (INET), das im wissenschaftlichen Beirat Unterstützung von namhaften ÖkonomInnen wie Akerlof und Stiglitz erhält.

Skepsis an den Erfolgchancen des heterodoxen Einfluss auf volkswirtschaftliche Institute muss jedoch nicht unbedingt bedeuten, dass heterodoxe ÖkonomInnen komplett von den Universitäten verbannt werden. Erstens gibt es mit der Ökonometrie neben den beiden stark theoretischen geprägten Unterdisziplinen Mikroökonomie und Makroökonomie die Möglichkeit, relativ abstrahiert von theoretischen Zugängen empirische Methoden für ÖkonomInnen zu entwickeln, und sich auf diese Weise in den Instituten zu behaupten. Auch wenn die Benutzung von quantitativen Methoden und speziell der Ökonometrie unter heterodoxen ÖkonomInnen nicht unumstritten ist (z.B. Gerrard 2002), bietet sich das Feld an, eine Verankerung heterodoxer ÖkonomInnen in volkswirtschaftlichen Instituten zu sichern. Zweitens existiert auch die Strategie der „Migration“ auf andere Institute (wie Politikwissenschaft, Geographie), die sich in den vergangenen Jahren für viele heterodoxe ÖkonomInnen als gangbarer Weg erwiesen hat, um weiter auf akademischem Boden tätig zu sein. Denn auch wenn es banal klingt: Viele Studierende, die Interesse und Potential an der Weiterentwicklung heterodoxer Ideen hätten, haben mit schlechten Zukunftsaussichten an Universitäten zu kämpfen. Der akademische Arbeitsmarkt ist für alle ÖkonomInnen umkämpfter geworden (nicht zuletzt durch Einsparungen bei öffentlichen Bildungseinrichtungen), sodass ein großer Teil der Doktoratsstudierenden mangels Erfolgssicht ihr Studium abbricht. Um Studierenden die Möglichkeit zu geben, ihre Ideen weiterzuentwickeln, muss deshalb die Aussicht auf Stellen an Universitäten gewährleistet sein.

Das Momentum, das durch die Krise und die unzufriedenstellende Reaktion des ökonomischen Mainstreams an Fahrt gewinnen konnte, muss ausgenutzt werden, um die Ausrichtung der ökonomischen Wissenschaft grundlegend zu verändern. An den Universitäten herrscht ein Zustand, in dem diese Transformation schwierig ist, vor allem ohne ein Set an gemeinsam getragenen Alternativparadigmas. Der Druck muss deshalb auch an und von anderen Stellen kommen. Wenn sich die heterodoxe Ökonomie als ernstzunehmende Alternative in der öffentlichen Debatte positioniert, ist auch ein Einfluss auf volkswirtschaftliche Departments langfristig wahrscheinlicher.

Literatur

- Colander, David; Föllmer, Hans; Haas, Armin; Goldberg, Michael; Juselius, Katarina; Kirman, Alan; Lux, Thomas; Sloth, Brigitte (2009): *The Financial Crisis and the Systemic Failure of Academic Economics*. University of Copenhagen, Department of Economics Discussion Paper 03/2009.
- Dobusch, Leonhard und Kapeller, Jakob (2010): *Heterodox United vs. Mainstream City? Sketching a Framework for Interested Pluralism in Economics*. *Journal of Economic Issues* 65: 4.
- Dobusch, Leonhard und Kapeller, Jakob (2012): *A Guide to Paradigmatic Self-Marginalization: Lessons for Post-Keynesian Economists*. *Review of Political Economy* 24:3, 469–487.
- Dow, Sheila (2008): *Plurality in Orthodox and Heterodox Economics*. *The Journal of Philosophical Economics* 1:2, 73–96.
- Gerrard, Bill (2002): *The role of econometrics in a radical methodology*. In: Dow, Sheila and Hillard, John (Hg.): *Post Keynesian Econometrics, Microeconomics and the Theory of the Firm*. Edward Elgar.

- Lee, Frederic S. (2009): Pluralism in heterodox Economics. In: Garnett, Olsen, Starr (Hg): Economic Pluralism. Routledge.
- Pahl, Hanno (2013): Überleben als Heterodoxer Ökonom. Wissenschaftssoziologische Befunde und Handreichungen, insbesondere Modellierungen betreffend (ohne Gewähr). KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften Working Paper 04/13.
- Posner, Richard (2009): Will Economists Escape A Whipping? In: The Atlantic. Url: <http://www.theatlantic.com/business/archive/2009/08/will-economists-escape-a-whipping/23330> (abgerufen am 07.06.2015).

Anmerkungen

- 1 <http://www.theatlantic.com/business/archive/2009/08/will-economists-escape-a-whipping/23330/>.
- 2 „... a systematic failure of the economics profession“, Colander u. a (2003), S. 2.
- 3 „Indeed, it is the capacity to follow different routes simultaneously – unified by the common goal – that is the strength of pluralism“, Dow (2000), S. 166.
- 4 <http://www.isipe.net/>.
- 5 Gemeinsam mit Studierendenvertretungen der Universität Wien (Roter Börsenkrach) und der WU (Mastervvertretung VW/SozÖk/SEEP) sowie der FrauWL: conference.plurale-oekonomik.at.